



CDU Fraktion Marienheide \* Gimbachweg 8a \* 51709 Marienheide

CDU Fraktion Marienheide

An den  
Bürgermeister der Gemeinde Marienheide  
Stefan Meisenberg

Fraktionsvorsitzender  
Carsten Jaeger  
Gimbachweg 8a  
51709 Marienheide  
☎ 02264 4047 - 68  
☎ 02264 4047 - 69  
✉ info@ra-jaeger.eu

Marienheide, den 21.03.2020

### **KITA-Beiträge**

**Antrag im Wege der Dringlichkeitsentscheidung zu entscheiden**

**Antrag zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales und Sport**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Meisenberg,

zu der o.g. Sitzung beantragen wir wie folgt zu beschließen :

1. Die Gemeinde Marienheide beantragt beim Oberbergischen Kreis, dass die KITA Beiträge in Marienheide für die Zeit der verordneten Schließung der KITAs wegen der COVID-19 Epidemie auf Null Euro festgesetzt werden. Für Monate, in denen nur teilweise die Schließung erfolgte, werden die Elternbeiträge anteilig entsprechend des Verhältnisses der geschlossenen Tage zu den geöffneten Tagen erhoben.
2. Die schon erhobenen Beiträge für März 2020 werden teilweise entsprechend erstattet und die Beiträge für die Folgemonate nur erhoben, wenn feststeht, dass die KITAs zum 01. eines Kalendermonats wieder geöffnet sind. Teilforderungen werden nachträglich erhoben.
3. Es ist sicherzustellen, dass bei der Berechnung zukünftiger Beiträge die Kosten, die während der Schließung entstanden sind, nicht auf zukünftig zu erhebende Elternbeiträge umgelegt werden.

Dieser Antrag hat finanzielle Auswirkungen.



Begründung :

Bekanntlich wurde die Schließung der KITAs behördlich ab dem 16.03.2020 bis einschließlich dem 19.04.2020 verfügt. Zuvor wurde schon die Kindertagesstätte Arche geschlossen.

Der Oberbergische Kreis setzt für die Nutzung der Kindertagesstätten in Marienheide die Beiträge fest. Diese sind Teil der Jugendamtsumlage.

In der Beitragssatzung ist geregelt, dass auch für die Zeiten eines Ausfalls der KITAs die Beiträge ungekürzt zu zahlen sind. Hierrunter wurden aber nur kurzfristige Ausfälle von ab und an einem Tag verstanden. Eine derartige Krisensituation mit einem langfristigen Ausfall wurde bei der Abfassung der Beitragssatzung nicht berücksichtigt. Es ist zudem nicht angemessen, wenn Eltern für Leistungen, die sie langfristig nicht bekommen, Beiträge zu zahlen haben.

Um hier den Eltern rechtliche Auseinandersetzungen zu ersparen und entsprechende Solidarität zu zeigen, wird der o.g. Antrag gestellt.

Haushaltstechnisch schlägt die CDU vor, dass die fehlenden Beitragseinnahmen entweder über den Kreishaushalt direkt oder aber über die Jugendamtsumlage gedeckt werden.

Die COVID-19 Krise betrifft die Allgemeinheit und erfordert die Solidarität der Allgemeinheit. Aus diesem Grund ist es angemessen, wenn die Kosten der Krise auch vom allgemeinen Haushalt getragen werden.

Es wird beantragt, die Stellung dieses Antrags im Wege der Dringlichkeitsentscheidung zu beschließen. Nur hierdurch kann eine Sondersitzung und damit eine Versammlung vermieden werden.

Die Angelegenheit ist aber dringlich, weil die Eltern die Beiträge für eine teilweise nicht erbrachte Leistung im März 2020 im Voraus gezahlt haben und für April 2020 im Voraus wieder zahlen müßten.

Auch der Kreis sollte entsprechend den Beschluss im Wege der Dringlichkeit beschließen.  
Mit freundlichem Gruß

**Gez. Carsten Jaeger**

**Fraktionsvorsitzender**

**CDU Fraktion Marienheide**